

Weil die große Mehrheit der rheinland-pfälzischen Wähler von Kurt Becks US-höriger Politik genug hatte und überhaupt nicht zur Wahl gegangen ist, haben nur 26 Prozent der Wahlberechtigten seiner SPD zur absoluten Mehrheit im Landtag verholfen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 035/06 – 29.03.06

Ein strahlender (Pyrrhus-)Sieger



Foto aus FOCUS ONLINE vom 28.03.06

**Kurt Becks Erfolgsmasche:
Bei leutseligen Auftritten in der Öffentlichkeit und in
möglichst vielen Medien Offenheit für alle Fragen
signalisieren, sich dann aber mit weitschweifigen
Formulierungen vor klaren Aussagen drücken!**

Fundsache

Ministerpräsident Beck sagte während des Wahlkampfes zu streikenden Beschäftigten der Autobahn-Meisterei Wattenheim: „Wenn das alles rum ist, trinken wir einen Wein in der Staatskanzlei, gell, dann biegen wir das wieder in Ordnung.“ (RHEINPFALZ, 10.03.06)

Becks Erfolgsmasche

Kurt Beck gibt mit großem Erfolg den volksnahen Landesvater. Bei leutseligen Auftritten in der Öffentlichkeit und in möglichst vielen Medien erweckt er den Eindruck, er habe ein offenes Ohr für alle Leute und für alle Fragen. Er spielt den aufmerksamen Zuhörer, drückt sich dann aber mit Nettigkeiten und weitschweifigen Formulierungen vor klaren Aussagen.

Kurt Beck hat mit seinem Wahlverein, der rheinland-pfälzischen SPD, 52 Landtagsmandate und damit die absolute Mehrheit gewonnen. Von den 3.075.707 Wahlberechtigten haben bei der Listenwahl 38.105 ungültig und 1.753.031 gültig gewählt. Nur 799.216 Rheinland-Pfälzer haben mit ihrer Zweitstimme den SPD-Ministerpräsidenten – wie es Kurt Beck noch kurz vor dem Wahltag gefordert hatte – in seinem Amt bestätigt. Beck wurde zwar mit 45,6 Prozent der gültigen Stimmen, aber nur von rund 26 Prozent der wahlberechtigten Rheinland-Pfälzer gewählt. 42 Prozent der 74 Prozent Wahlberechtigten, die Beck nicht direkt bestätigen wollten, haben ihr Wahlrecht überhaupt nicht wahrgenommen.

Beck und die noch von seinem „Sieg“ berauschte, altgediente SPD-Mannschaft können nun in der Westpfalz ihre ideen- und perspektivlose Politik, die viele Wahlberechtigte so enttäuscht hat, dass sie nicht gewählt haben, für weitere fünf Jahre fortsetzen. Die unter der massiven US-Militärpräsenz leidenden, fluglärmterrorisierten Westpfälzer haben von dieser Riege auch weiterhin nur wenig Verständnis und kaum Hilfe in ihrer fatalen Situation zu erwarten.

Beck will nur über Fluglärm reden und äußert sich nicht zu anderen Problemen

Während des Landtagswahlkampfes wurde Kurt Beck im Internet bei kandidatenwatch.de unter dem Thema Bürgerrechte von einer Wählerin, die dem Vorstand einer Bürgerinitiative angehört, zu Fluglärmterror und Schadstoffbelastung in der Westpfalz, zur verfassungswidrigen Nutzung der US-Air Base Ramstein und den dort gelagerten Atombomben und zum angeblich unverzichtbaren Wirtschaftsfaktor US-Streitkräfte befragt.

Becks ausweichende Antwort besteht nur aus Leerformeln: Die Landesregierung nehme die ernsthaften Argumente der betroffenen Bürger sehr ernst. Die ohne Zweifel vorhandenen Belastungen durch Fluglärm seien ein zentrales Gesprächsthema im Dialog mit den US-Partnern. Er unterstütze das bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinitiativen und könne sogar die kämpferische Vertretung von Standpunkten nachvollziehen. Der Hinweis auf das Problem des Fluglärms im Internet sei berechtigt. Es gehe aber nicht um Konfrontation. Er sehe die Landesregierung in einer vermittelnden Position. Er bitte darum, die Bemühungen der Landesregierung um eine Reduzierung des Fluglärms im Dialog mit unseren US-Partnern zu respektieren, wie auch er persönliches Engagement respektiere und schätze.

Mit hohltönenden, öligen Höflichkeitsfloskeln windet sich Beck um jede sachbezogene Auskunft herum und versucht, die von der US-Air Base Ramstein ausgehenden Probleme allein auf den Fluglärm zu reduzieren, wegen dessen Verminderung man ja bereits mit den „US-Partnern“ rede.

Im Umgang mit Menschen heuchelt er volles Verständnis für ihre Anliegen und versucht alle mit unverbindlichen Artigkeiten einzulullen. Mit dieser typischen Beck-Attitüde gewinnt

er immer wieder Wahlen und hat sich damit sogar die absolute Mehrheit gesichert. Jetzt wird er als knallharter, sich nur volksnah gebender Machtmensch noch rücksichtsloser als bisher alle Ziele durchzusetzen versuchen, die in sein Weltbild passen und seine Machtposition in der SPD stärken. Er hat zwar Platzeck scheinbar großzügig den Parteivorsitz überlassen, aber der wird deshalb auch den in der großen Koalition unvermeidlichen weiteren Niedergang der SPD zu verantworten haben. Nach zu erwartenden weiteren SPD-Wahlpleiten wird der strahlende Sieger Beck seiner gebeutelten Partei als einziger Retter in der sicher noch größer werdenden Not erscheinen und zum SPD-Kanzlerkandidaten bei der nächsten Bundestagswahl ausgerufen werden. Er braucht nur wie bisher bei häufiger Präsenz in den Medien viel Unverbindliches zu äußern, wenig Innovatives zu tun und abzuwarten.

SPD-Landtagsabgeordnete halten den Wirtschaftsfaktor US-Streitkräfte für unverzichtbar

Die gewählten westpfälzischen SPD-Landtagsabgeordneten passen hervorragend in dieses Konzept. Alle Kandidaten der Wahlkreise 43, 44 und 45, in die Stadt und Landkreis Kaiserslautern aufgeteilt sind, konnten sich in unserem Monopolblatt RHEINPFALZ auf drei Seiten in drei Ausgaben zu Problemen der Region äußern. Die einschlägige Frage zur US-Militärpräsenz – sinnigerweise auch noch auf den einzigen Aspekt Beck's eingeeengt – lautete: „Was sagen Sie einem Bürger, der sich bei Ihnen über den Lärm der Air Base Ramstein beklagt?“

Ruth Leppla, die den Wahlkreis 43 wieder für die SPD gewann, teilte am 04.03.06 mit, der Standort des Flugplatzes Ramstein stehe wegen der wirtschaftlichen Bedeutung nicht zur Debatte, aber wegen des verlagerten Fluglärms und der nicht eingehaltenen Absprachen bestehe noch Gesprächsbedarf mit der Air Force.

Für Thomas Wansch, den neuen SPD-Kandidaten, der gleich Sieger im Wahlkreis 44 wurde, ist die Air Base Ramstein nach seinen Äußerungen am 11.03.06 wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die gesamte Region Kaiserslautern unverzichtbar. Zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit der deutschen Seite mit der Air Base Ramstein gehöre auch, dass man sich an Absprachen halte. Er unterstütze die Arbeit örtlicher Initiativen an einer beweisfesten Dokumentation der tatsächlichen Lärmbelastung.

Für Margit Mohr, die erneut im Wahlkreis 45 für die SPD siegte, steht nach ihrer Aussage am 18.03.06 die wirtschaftliche Bedeutung des Ramsteiner Flughafens für die Region außer Frage. Sie nehme die Beschwerden der Menschen, die sich dem Flug- und Bodenlärm tagtäglich ausgesetzt sähen, ernst und ihre Lebensqualität dürfe nicht so gemindert werden. Sie habe in dieser Sache schon viele Gespräche vor Ort und in Mainz geführt. Die Landesregierung bemühe sich um einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen der Bevölkerung, der beteiligten Stellen des Bundes und der US-Streitkräfte. Sie will prüfen lassen, ob direkte Überflüge von Ortschaften (nur) bei Starts vermieden oder gemindert werden können und Lärmmessgeräte – auf wessen Kosten auch immer – anschaffen lassen.

Wir wollen Ihnen auch die einschlägigen Absichten des über die FDP-Landesliste gewählten Abgeordneten Werner Kuhn nicht vorenthalten, die er künftig aus der Opposition heraus verfolgen muss. Auch für ihn ist die Air Base Ramstein für die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplätze in der Westpfalz unverzichtbar. Er will sich aber massiv dafür einsetzen, dass die Lärmbelastung für die Bevölkerung in Gesprächen mit den US-Streitkräften so weit wie irgend möglich minimiert wird.

Wir haben uns bemüht, die Vorstellungen aller aus den drei Wahlkreisen in den Landtag einziehenden Landtagsabgeordneten zur Lösung der vielschichtigen Probleme, die von der US-Air Base Ramstein ausgehen, in ihrem Sinngehalt ohne schmückendes Beiwerk wiederzugeben. Alle wollen die US-Air Base Ramstein unbedingt erhalten und sehen den Fluglärm als einziges Problem. Der unerträgliche Fluglärmterror rund um die Uhr muss

aber erst von Bürgerinitiativen mit notfalls eigenfinanzierten Lärmmessgeräten beweisfest dokumentiert werden, ehe die Landesregierung die US-Air Force bittet, sich doch an getroffene Absprachen zu halten.

Im Klartext heißt das: Nachdem die Herrschaften ihr Landtagsmandat in der Tasche haben, werden sie wie bisher in „solidarischer Untätigkeit“ verharren und keinesfalls etwas gegen die zunehmende Schadstoffbelastung, die wachsenden Gefahren für Leib und Leben, die 130 Atombomben in Ramstein und die tägliche Nutzung der US-Air Base für völkerrechts- und verfassungswidrige Kriege unternehmen.

Dürfen wegen angeblicher wirtschaftlicher Vorteile Völkerrecht und Grundgesetz missachtet werden?

Die genannten Abgeordneten wissen wie wir alle, dass Völkerrecht und Verfassung niemals wegen erhoffter oder möglicher Gewinne gebrochen werden dürfen. Die immer weniger werdenden Arbeitsplätze bei den US-Streitkräften, die US-Umsatzanteile des Einzelhandels unter 5 Prozent und die schwindenden Einnahmen aus US-Mietzahlungen werden immer als wohlfeile Ausreden benutzt, damit man sich nicht ernsthaft mit den schwerwiegenden Belastungen befassen muss, unter denen die ganze Region wegen der andauernden Anwesenheit der US-Streitkräfte zu leiden hat.

Die Befürworter der US-Präsenz und die wenigen Profiteure sollen doch endlich einmal ihre Karten auf den Tisch legen: Wie viele einheimische Zivilbeschäftigte verdienen noch ihr Geld in welchen Einrichtungen der US-Streitkräfte in der Region? Welche Branchen machen welche Umsätze mit Angehörigen des US-Militärs? Wer kassiert wie viel Miete aus wie vielen Mietverhältnissen mit US-Amerikanern? Welche Steuereinnahmen erwachsen daraus für die öffentlichen Haushalte, insbesondere für die der am stärksten belasteten Kommunen?

Wir sind gern bereit, bei Vorlage konkreter Zahlen deutscher Stellen aus nachprüfbaren deutschen Quellen die Gegenrechnung aufzumachen. Wir werden nachweisen, dass unterm Strich ein dickes Minus zu Lasten der Bevölkerung der Westpfalz herauskommt. Es gibt also noch nicht einmal wirtschaftliche Gründe, deretwegen Politiker die völkerrechts- und verfassungswidrigen Aktionen der US-Streitkräfte auf unserem Boden „übersehen“ könnten.

Was können wir tun?

Beck und seine Parteigänger verdanken ihren fragwürdigen Wahlsieg doch nur der Resignation der vielen Wahlberechtigten, die nicht oder ungültig gewählt haben, weil sie meinten, doch nichts ändern zu können. Becks von vielen Medien begünstigte Materialschlacht wurde doch nur geschlagen, weil man in Mainz befürchtete, sich mit unangenehmen Anfragen und Alternativen anderer, nun nicht mehr oder noch nicht im Landtag vertretener Parteien auseinander setzen zu müssen. Die RHEINPFALZ hat bei bezahlten Wahlanzeigen getrickst und über gut besuchte Veranstaltungen mit kritischen Aussagen zur Landespolitik überhaupt nicht berichtet. Im Fernsehen wurden nur bereits im Landtag vertretene Parteien befragt.

Die Grünen sind nun leider nicht mehr im Landtag vertreten. Es genügt eben nicht, wenn man erst kurz vor der Wahl entdeckt, dass man einmal Frieden ohne Waffen und nicht nur ohne Atomwaffen schaffen wollte. Aber es gibt auch Zeichen der Hoffnung: In Gemeinden und Wahlbezirken um die US-Air Base Ramstein, die besonders unter dem Fluglärmterror leiden, haben Grüne und WASG Wahlergebnisse über 5 Prozent erzielt. Es lohnt sich für Parteien also durchaus, wenn sie in der Auseinandersetzung um die US-Air Base Ramstein und die US-Militärpräsenz in der Region an der Seite der betroffenen Bürger stehen.

Beck hat einen Pyrrhussieg errungen. Jetzt hat er mit seiner absoluten SPD-Mehrheit die Beihilfe des Landes Rheinland-Pfalz zu den mörderischen Bush-Angriffskriegen allein zu

verantworten. Wir werden alle einschlägigen Aktivitäten und Unterlassungen dieser Landesregierung auch weiterhin sehr kritisch beobachten und ihm nicht nur bei der nächsten Landtagswahl die jeweils fälligen Rechnungen präsentieren. Wenn Herr Beck seine bisherige Unterstützung der US-Aggressionspolitik fortsetzt, wird er dafür noch teuer bezahlen müssen.

Ach, iwwerischens ...

Ehr liewe Leit, guggen eich doch emol dess schdobbellisch Grinsgesicht unner dere Meckifrisur genau aa. Deeden ehr vun dem e gebrauchdes Audo kaafe? Enner wo net wääss, was der is, ganz beschdimmt net! Ich froo mich blooss, warum ne dann trotzdem noch so veel Gutglääwische gewählt hann?

Ehr hann doch all gewisst, dass der die ganz Zeit schunn immer blooss alles gemacht hat, was die Amis wolde. Was sei Amifreinde uns Weschdpälzer Daa fer Daa aaduun, is demm doch worschd! Määne ner, dess deet jetzt annersch werre?

Wanner so geduldich bleiwe, wie ner ware, ganz beschdimmt net! Er missen halt immer widder, wanns so furchbar laut is, bei denne Dame un Herre, wo sich in de Lanndaach hann wähle losse, noofrooe, wann es ledschdmol met denne Amis desdeweche geredd worr is. Wann ehr denne uff die Nerve gehn, gehn die vielleicht de Amis so lang uff die Nerve, bis die uns nimmi uff die Nerve gehn!

Wichtige Telefonnummern:

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern